



Nr. 584. Mittag-Ausgabe.

Nenndünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 13. December 1878.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

16. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 12. December.
12 Uhr. Am Ministerial Graf zu Cullenburg mit mehreren Commissarien.

Die zweite Berathung des Etats des Ministeriums des Innern, die formell noch bei Titel I der Ausgaben (Besoldung des Ministers 36,000 Mark) steht, wird heute vom Abg. von Sybel mit dem Bemerkern eröffnet, daß es nicht erforderlich sei, nach der von den höchsten Gesichtspunkten aus geführten Verhandlung zu den kleinen Bänkereien zurückzukehren, die nun einmal von unseren Budgetverhandlungen unzertrennlich und nach der Meinung des Landes, das Finanzabkommen, aber kein Parteigehör verlangt, das Ansehen des Hauses und seiner Parteien nicht zu stärken geeignet seien. Aber der Redner kann unmöglich die Anprägungen, denen er durch den Abg. Bachem ausgelegt gewesen, stillschweigend hinnehmen, wenn er sich auch mit dem Organ des deutschen Vereins für die Alpenländer, dem er seit drei Jahren geschäftlich durchaus fern steht, nicht identifizieren will. Denn weder stimmt er mit ihm in der Auffassung der Bucherfeste noch in Art und Weise überein, mit der es die von einer schlesischen ultramontanen Zeitung behauptete und von ihr selbst später widerrufenen Aeußerung bezüglich einer höchstgestellten Dame (und ihrer angeblichen Theilnahme bei dem Jubiläum des Fürstbischofs von Breslau) Lügen geprägt habe, weil es sich überhaupt nicht scheuen, wiederholte die Geiste zu verleben. Durch ein solches Auftreten der Landräthe und eine Billigung derselben von oben her wird das Ansehen der Kreisvertretungen nur herabgesetzt (Weißfall links.)

Gewiß sei das Denunzieren, d. h. das Anschwärzen eines Menschen hinter seinem Rücken ohne die Möglichkeit einer Verantwortung für ihn eine schlimme Sache und die Beschuldigung, in diesem Sinne denuncirt zu haben, infamirend. Wer sie gegen den deutschen Verein erhebe, der müsse sie entweder durch positive Thatsachen erhäuser oder sei ein ehrloser Verläumper und der Redner will abwarten, auf welcher Seite dieses Dilemma's sich der Abg. Bachem befinden wird. (Unruhe im Centrum.) Die Beamten, die Mitglieder des Vereins sind, werden als Culturlämpfer gelenkt werden, wodurch auf den Verein ein dunkler Schatten geworfen werden soll. Wollte man auf der anderen Seite aus der langen Liste fleischlicher Vergehen katholischer Geistlichen von Ratzinger bis auf den Capelan Kronenberg herunter, den Schluss ziehen, daß die katholische Kirche ein Institut von zwielichtiger Überarbeit und diese Vergehen ein Produkt des Culturkampfes seien, weil die Geistlichen sich weniger der Ausbildung der Caplains als dem Culturkampf widmeten, so wäre der Redner der erste, der eine solche Bemerkung, die Methode, den Gegner durch Verachtung seiner persönlichen Ehre anzuziehen, als verächtlich bezeichnen würde. Die Exkuration der Landräthe amtierte in der Rheinprovinz, über die man sich beklage, sei von der Mehrheit des Hauses selbst im Interesse der zulässigen Durchführung des Gesetzes vor Jahren verlangt, aber keineswegs effectuirt worden; allerdings gebe es in der Rheinprovinz noch immer viele katholische Landräthe, nämlich solche, welche die verfassungsmäßig erlassenen Gesetze durchführten und nur aus diesem Grunde mit den von Caplains verherrten Eingefechten nicht auf gutem Fuße standen. In gleicher Lage hätten sich die dreihundert Bürgermeister befunden, die die Regierung batzen, die Kreisordnung nicht einzuführen, nur deshalb, weil sie die ersten Erfolge der neuesten kirchenpolitischen Gefegegebung zur Ausführung gebracht, hätten sie fürchten müssen, bei einer Neuwahl vor die Thür gejagt zu werden.

Die vielversprochene Nichtbestätigung des zum Bürgermeister von Bonn gewählten Abg. Kaufmann erklärte sich dadurch, daß die liberale Majorität der Stadtverordneten, zu der auch der Redner gehörte, der zu seinem Bedauern bei der Wahl nicht zugegen sein konnte (Heiterkeit im Centrum), den Kandidaten nur wegen seiner technischen Qualification gewählt, die Regierung ihn aber wegen seiner stetigen Opposition im ultramontanen Sinne nicht mit einem Amt betraut hatten, weshalb mit der Verwaltung der staatlichen Polizeigewalt verbunden, von seinem Träger unbedingt Anerkennung der legislativen Autorität des Staates verlangte. Die Regierung habe ihn also besser beurteilt, als die ihm näher stehenden Stadtverordneten und nicht den Vod zum Gartner machen wollen.

Abg. von Jazdzweski geht auf die Ausführung des Erpatzungs-Gesetzes vom 4. Mai 1874 ein, welche von der Regierung mit rigorismus und keiner mit Freiheit betrieben wurde. Die Geistlichen seien ohne irgend welche Entschädigung aus der Provinz Posen ausgewiesen, obgleich diese Ausweisung doch eine Expropriation ihrer Rechte sei. Redner führt mehrere Fälle an, in denen die Regierung gegen reniente Geistliche in nicht anständiger Weise verfahren sei, ein Ausdruck, den der Präsident als unparlamentarisch rügt. Besonders grausam sei man gegen den Propst Rusiewicz verfahren, den man aus der Insel Zingst interniert und trotzdem er durch den dortigen Aufenthalt frant geworden sei, nicht fortgelassen habe; ja zuletzt sei ihm sogar der Unterhalt entzogen. Schließlich beschwert sich Redner über die Überwachung der Fachvereine in Posen, besonders der landwirtschaftlichen Vereine und wünscht, daß die Geiste loyal ausgeführt werden; man solle aber nicht vergessen, daß nach einem französischen Sprude mit der Loyalität auch die Grobmuth verbunden sein müsse.

Minister Graf zu Cullenburg: Es bedarf des Appells des Vorredners, daß ich wirke schon darin, daß die Geiste loyal ausgeführt werden. In den meisten angeführten Fällen kann auch die loyale Ausführung der Gesetze gar nicht bestritten werden. Was die auf Grund des Erpatzungs-Gesetzes von 1874 gestatteten Maßregeln gegen reniente Geistliche betrifft, so ist die schärfste Art, die Ausweitung aus dem Bundes-Gebiet mit Verlust der Staatsangehörigkeit sehr selten angewendet worden. Man hat sich auf die Ausweitung aus einem bestimmten Bezirk und auf die Internierung beschränkt und auch diese Maßregeln nur angewendet, wenn die betreffenden Geistlichen zu wiederholten Maleen versucht hatten, unbefugter Weise ein geistliches Amt auszuüben. Was die Internierung des Propstes Rusiewicz betrifft, so ist dieselbe durchaus in geheimnisvoller und keineswegs rigoroser Weise ausgeführt worden. Die Insel Zingst mag kein angemessener Ort sein; aber die Ertranfung des Internirten ist nicht durch den dortigen Aufenthalt, sondern durch andere Ursachen, die jedem zustehen können, verursacht worden. Die Staatsregierung hat von seiner Internierung Abstand zu nehmen sich entschlossen, ihm dabei aber eröffnet, daß damit seine Ausweisung aus Posen nicht hinfällig werde. Der Propst verzichtet darauf, den Internierungsort zu verlassen und es wurde ihm daher der Lebensunterhalt bis zu dem Augenblide gelassen, bis er den Aufenthaltsort freiwillig verlassen würde. Was die Überwachung polnischer Fachvereine angeht, so hat sich eine Notwendigkeit dazu herausgestellt, weil in den Statuten solcher landwirtschaftlichen Vereine mehrfach die Bestimmung enthalten ist, daß er die Interessen des polnischen Volkes in seine Obhut nehmen solle. Das ist doch eine Verfolgung öffentlicher Angelegenheiten, und deshalb war die polizeiliche Überwachung gesetzlich berechtigt und geboten.

Abg. Schulz (Boeken) giebt in einer längeren Rede eine Schilderung der Art und Weise, wie in manchen Kreisen die Kreisordnung von den Landräthen gehandhabt wird. Der Landrat habe früher in den Kreistagen eine andere Stelle eingenommen, als nach der neuern Gelehrung: trotzdem suchen dieselben stets ihre alte Stellung zu behaupten. Sies werden die liberalen Elemente des Kreistages zurückgesetzt, so daß z. B. in vielen Fällen die ältesten Kreisdeputirten, wenn sie liberal sind, bei der Stellvertretung des Landrates übergegangen, und dieselbe den jüngeren Kreisdeputirten, wenn sie conservativ sind, übertragen wird. In einigen Fällen sei Seitens des Oberpräsidenten, mehrfach erst Seitens des Ministeriums Remedur geschaffen, aber in einzelnen Fällen sei ein solches Verhalten des Landrates gebilligt worden. Redner schlägt dann die Finanzwirtschaft eines Kreises, in dem die Sollausgaben des Kreishaupts in einzelnen Fällen um 60-80,000 M. überschritten seien; die Ausgaben seien gedeckt durch den Verlauf von Wertpapieren. Der Landrat habe diesen

Verkauf vorgenommen, ohne, wie dies nach den Vorschriften der Kreisordnung notwendig war, die Zustimmung des Kreistages einzuholen, ja auch ohne nur ein Wort der Entschuldigung auszuwirken. In den Fällen seien auch Defekte entstanden, und in den Rechnungen fand sich bei dem Posten „Ausgaben für Einlösung von Kreisobligationen“ eine kleine gedruckte Bemerkung: „Darunter die Defekte der Rentanten X. und Y.“ (Große Heiterkeit.) Redner wird durch mehrfache Anrufe auffordert, den Kreis zu nennen, lehnt dies aber ab, indem er erklärt, daß es ihm nicht um einen persönlichen Angriff zu thun sei; in diesem Falle würde schon Remedur eingetreten. Er habe nur diesen Fall angeführt, um die Regierung auf die Amtsführung solcher Landräthe aufmerksam zu machen.

Denn es sei nicht möglich, daß jeder, der sich durch die Amtsführung der Landräthe beschwert fühlt, sein Recht sucht; die Männer, welche in den einzelnen Kreisen ihre Zeit und Kraft daran seien, erlaubten zuletz, wenn sie in jedem einzelnen Falle bis in die höchste Instanz gehen. Darüber vergeben Monate und der richtige Zeitpunkt für die Anwaltschaft ist gewöhnlich dann bereits verstrichen. Der Minister sollte sich im Osten der Monarchie die Handhabung der Kreisordnung einmal ansehen und sich ein Gesamtbild derselben verschaffen, denn es werde dabei noch viel gesündigt. Das Land möge bald von den Landräthen befreit werden, welche beitreten, jede selbständige Regierung in den Kreisvertretungen zu unterdrücken, welche ihre gesetzliche Autorität missbrauchen und sich nicht scheuen, wiederholt die Geiste zu verleben. Durch ein solches Auftreten der Landräthe und eine Billigung derselben von oben her wird das Ansehen der Kreisvertretungen nur herabgesetzt (Weißfall links.)

Abg. v. Loskowitzt! berichtet sich über die polizeiliche Überwachung der landwirtschaftlichen und Bildungsvereine in der Provinz Posen. Diese Vereine befassten sich als reine Fachvereine nur mit den materiellen und geistigen Interessen der Bevölkerung, wie denn auch der Verein, von welchem der Minister des Innern sprach, sich die Förderung der materiellen Interessen der arbeitenden Klassen zur Aufgabe gemacht habe. Von politischen Bestrebungen hielten sich die Vereine gänzlich fern. Auf diesem Wege seien sie die beste moralische Wirkung auf die polnische Bevölkerung ausgeübt. Auch die Maigete würden auf das Schärfste gehandhabt; im Kreise Nowowajdan allein seien bereits sieben große Kirchengemeinden mit über neunzig Dorfgemeinden der geistlichen Pflege gänzlich oder fast ganz beraubt.

Minister Graf zu Cullenburg: Die Ansführungen des Vorredners über den von mir erwähnten Verein haben das, was ich von demselben erklärte, nicht entricht. Ich habe nicht gesagt, daß die Vereine sich mit politischen, sondern nur, daß sie sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassten. Zweifellos gehört die Wahrung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu den öffentlichen Angelegenheiten und hierdurch rechtfertigt sich die polizeiliche Überwachung jorder Vereine. Dem Abg. Schulz (Boeken) habe ich folgendes zu entgegnen: Er hat eine Reihe von Spezialfällen angeführt, von denen, wie er selbst zugeb und sich auch von selbst versteht, neun Beispiele bereits im Aufsichtswege erledigt sind. Wenn er aber in Anknüpfung daran meine Aufmerksamkeit lenkt auf die Thätigkeit aller Landräthe in den östlichen Provinzen und meint, daß dort überall gesündigt wird gegen die Ausführung der Kreisordnung, so erwider ich, daß ich es für meine Pflicht halte, auf die Amtsführung in diesen Provinzen ebenso wie in den anderen mein Augenmerk zu richten, um so mehr da dort die neuen Gesetze funktionieren. Meine lang fortgesetzten Beobachtungen haben mir jedoch nicht im entferntesten Veranlassung zu der Vermuthung gegeben, welche von dem Abg. Schulz geführt werden ist. Ich kann im Gegenteil den Beamten und Behörden das Zeugnis ausstellen, daß sie mit den besten Kräften bestrebt sind, in das Wesen der neuen Gesetze einzudringen. Das nichtdestoweniger Meinungsverschiedenheiten und Frictionen, die zu Schwierigkeiten führen, vorkommen, kann nicht überwunden. Aber gegen den Vermuth einer feindseligen Tendenz gegen die Ausführung der neuen Verwaltungsorganisation muß ich die Landräthe entschieden in Schutz nehmen.

Abg. Riedert: Ein Theil der Landräthe mag den Ausführungen des Ministers entsprechen, ein anderer Theil führt aber die Selbstverwaltungsgesetze so aus, daß man sagen muß, es ist hier in einseitigem Interesse einer Partei gearbeitet worden. Details dafür werde ich bei einer anderen Gelegenheit beibringen. Heute will ich zwei andere Punkte zur Sprache bringen. Bei den letzten Reichstagswahlen hat das Institut der öffentlichen Candidaturen in Preußen Eingang gefunden, obwohl die „Provinzial-Correspondenz“ noch im Jahre 1873 von den Beamten ein absolutes Ablehnungsurtheil brachte. Der damalige Artikel enthielt einige Ausfälle gegen das Centrum, und in der Sitzung vom 16. December 1873 hat das Haus in namentlicher Abstimmung mit 296 gegen 31 Stimmen die Benutzung amtlicher Publicationsorgane für Wahlzwecke absoolut gesetzlich bestimmt.

Als Redner für den Reichstag trat damals der Abgeordnete, jetzige Minister Friedenthal lebhaft auf. Dieser früheren Haltung ist die Regierung bei den letzten Reichstagswahlen nicht treu geblieben. In drei amtlichen Kreisblättern in Wehlau, Sorau und Cottbus haben die Landräthe offiziell bestimmte Personen als Regierungscandidaten empfohlen.

Die Regierung wird doch nicht die Wiederkehr der Verhältnisse von 1863 wünschen, wo eine parlamentarische Untersuchungskommission für die offiziellen Wahlbeinstellungen ernannt werden mußte. Die öffentlichen Candidaturen müssen die innersten Gefühle jedes selbstbewußten, auch regierungsfreudlichen Mannes tränken. Die Verhältnisse in Wehlau sind ja gerüchtlich schon constatirt und werden nach Präcedenzfällen im Reichstage zur Cäsation der dortigen Wahl führen. Ich frage aber den Minister, ob die Regierung damit einverstanden ist, daß ihre Beamten in amtlichen Blättern bestimmte Kandidaten den Wählern zur Wahl empfehlen? Hoffentlich nicht.

Ein zweiter Punkt ist die Stellung der Landräthe zu den amtlichen Kreisblättern, als deren verantwortliche Redacteur sie noch in einzelnen Fällen fungiren. Dadurch würde das Aufsehen der Behörde geschädigt. Der Landrat von Cranach in Soltau hat als Redacteur des amtlichen „Landes-Soldiner Kreisblattes“ ein einfaches Juster liberaler Wähler zurückgewiesen, wogegen der Minister allerdings Remedur geschafft hat. Dagegen hat er in diesem Blatte conservative Parteipolitik im schlimmsten Sinne vertrieben. Redner verliest einen Artikel aus dem genannten Blatte, übertrieben „der zahme Liberalismus“, worin den Liberalen Schulz an der Bucherreihe, womit die Theuerung der Lebensverhältnisse und das Heraufsteigen der Löhne in Verbindung steht, an dem Bagabondenthum und allen Übelständen unserer Zeit. Der Artikel schließt mit der Empfehlung des Redacteurs und Landrats v. Cranach. Der Redner folgert daraus, daß es in der Periode einer großen Verwaltungsumorganisation den Beamten nicht antheile, die unter der Signatur des Königs erlassenen Gesetze, zu deren Ausführung sie berufen sind, in einer agitatorischen Weise für Wahl- und Parteizwecke in amtlichen Organen zu trittieren. Die Liberalen würden jerner die Verantwortung für die erlassenen Gesetze mit Stolz tragen, weil dieselben die grundlegenden für die Zukunft Deutschlands sind. Wir sind bereit, weiter mit Selbstverleugnung im Einvernehmen mit der Regierung zu arbeiten, aber unsere Bereitwilligkeit hat eine Grenze. Bringen Sie uns derartige Candidaturen und Artikel nicht oder tragen Sie die Verantwortlichkeit für die Rückkehr der Verhältnisse von 1863.

Minister des Innern Graf zu Cullenburg: Das „Soldiner Kreisblatt“ zerfällt in einen amtlichen und in einem durch einen Steich getrennten nichtamtlichen Theil. Der vom Abg. Riedert genannte Artikel stand in letzterem, ist also nichtamtlich publicirt worden. Ich bin derselben Meinung, wie der Vorredner, daß es für einen Landrat nicht angemessen ist, wenn er verantwortlicher Redacteur eines Blattes ist. Ich werde davon Kenntnis nehmen und das Geeignete verfügen. Die Frage der öffentlichen Candidaturen will ich nicht prinzipiell erörtern. Dieses System hat bisher in Preußen weder im Ganzen noch im Einzelnen Eingang gefunden. Was die Landräthe gethan haben, ist ganz verschieden von dem, was man in Frankreich unter öffentlichen Candidaturen versteht. Sie haben nur die der Regierung genehmten Candidaten bezeichnet. Dennoch habe ich in ihrem Vor gehen ein Überbrechen der Grenzen erkannt, welche die Beamten bei den Wahlen inne halten sollen. Das erkläre ich rund und deutlich. In zwei der angeführten Fällen habe ich schon das Geeignete verfügt und in dem dritten Wehlauer Falle ist das nur noch nicht geschehen, weil er im

Zusammenhang steht mit Untersuchungen, die bei den Wahlvorschriften in Reichstage zum Abschluß kommen werden. Zu den weiteren Bestrebungen des Abg. Riedert war kein Anlaß vorhanden. Die Regierung steht noch auf Standpunkte, daß sie wünscht die Verwaltungs-Reorganisation fördern will. Das sagt die Thronrede und ich erkenne es als meine Hauptaufgabe an, dem Hause bald davon Beweise zu geben.

Abg. Windhorst (Meppen): Ich freue mich, daß der Abg. Riedert die öffentlichen Candidaturen zur Sprache gebracht hat, bedauere aber, daß er dies erst jetzt thut. Freilich wurden die Liberalen bisher von diesen Nebenstücken nicht betroffen. Auch in Frankreich gießen die öffentlichen Candidaturen darin, daß die Regierung sie ihr genehmten Candidaten bezeichnet. Der einzige Unterchied ist der, daß man in Frankreich uns in den Mitteln voran ist, die genehmten Candidaten durchzubringen. Ich fürchte, daß wir die Franzosen bei dem Fortschritte Imperialismus, der bei uns besteht, bald auch in diesen Mitteln eingeholt haben werden. Ich bin nicht naiv, zu fordern, daß die Regierung d' u. Wahl gegenüber mit vermehrten Armen dastehe, es ist das ein unverfüllbarer paradiesischer Gedanke; aber sie muß sich anständig angemessen Mittel bedienen, ihre Candidaten durchzubringen. Die Landräthe, die mit offenem Blicke kämpfen, haben mir eine gewisse Sympathie ein. Bei den letzten Reichstagswahlen kamen aber gewisse Landräthe und Kreishauptleute nicht in dieser Weise. In ganz klarem Licht trat dies nicht hervor; in Hannover her lebte eine Art clair-obscur für Viele, für mich freilich nicht (Heiterkeit). Man arbeite nur im Stillen; in meinem Wahlkreis gab man den Beweis, daß es für ihre Zukunft gefährlich sein könnte, mir ihre Stimme zu geben. In dem Kreise Meppen war das freilich eine ergebnislose Mühe. Die Liberalen brauchen sich übrigens nicht so sehr zu beklagen, denn wenn die Regierung in den alten Provinzen gegen sie arbeitet, so sind sie in den neuen Provinzen tüchtig vor ihr unterstellt worden. U. ehrgeiziges glaubte ich, es sei zwischen der Regierung und den Nationalliberalen i. Alles vergeben und vergeben. Das ist es auch wohl, und was wir bei der Wahl haben, ist mir ein Gewiss zweier Lebenden, die sich doch vollkommen verstehen (Heiterkeit). Jedenfalls hat die Regierung in dem von dem Abgeordneten Riedert beruhenden Falle einen Verstoß damit begangen, daß sie zu ihren Zwecken ein officielles Blatt benutzt hat. Was gegenüber verfährt man schon seit sieben Jahren so, das wurde jedoch von den Liberalen nicht gezeigt, sondern man freute sich, wenn wir abgetanzt wurden, wobei man sich insbesondere meiner kleinen Person annahm (Heiterkeit).

Der Minister sollte diesen Blättern endlich einmal jede politische Erörterung unterlassen und sie sollten nur amtliche Publicationen und Verlehr-Nachrichten drucken. Ich bebatte mir einen desfalls in Antrag vor, wenn der Minister nicht eine deutliche Erklärung hierauf abgibt. Der Abg. von Sybel hat heute ein sehr liebes Mitglied unserer Freunde, den Abg. Kaufmann, einer scharfen Kritik unterworfen. Welches exi. waren rigorosum der Letztere vor einem Regierungsrath in Köln zu bestehen gehabt, wird Ihnen noch erinnerlich sein. Nachdem er nach Ablauf einer zweimaligen Amtsperiode einstimmig von den Stadtverordneten zum Bürgermeister wiedergewählt worden war, erklärte er auf Befragen, daß er die Maigete im Amt ausführen würde. Auf die Frage, ob er dies genau ihm würde glauben, er eine Erklärung nicht abgeben zu wollen. Darauf wurde seine Wahl nicht bestätigt. Nun frage ich die Landräthe in diesem Hause, ob sie alle kirchenpolitische Geiste gern zur Anwendung bringen? Sie werden mir antworten: Nein, und da müssten Sie ebenfalls aus dem Amt entfernt werden. Herr v. Sybel freut sich aber, daß die Regierung klarer gewesen als er und seine Collegen in der Stadtverordneten Versammlung und den schwarzen Ultramontanen entdeckt hat und zwar in Berlin — vielleicht mit Hilfe des deutschen Vereins. Wir sind nicht böse über die Verhältnisse des Abg. Kaufmann, da wir dadurch diesen bewußt ihres rheinischen Verhältnisses und des deutschen Vereins ganz in unserer Mitte haben. Wenn Herr v. Sybel anfangt will, so möge er es in Zukunft gegen einen Anderen — vielleicht gegen mich thun (Heiterkeit). Der unbedingte Gehorjam, wie ihn der Abg. Sybel verlangt, ist mir die Überzeugung des unmoralischen Cadavergehorams. Wir gebord auf den Gesetzen, aber einen vollkommen unbedingten Gehorjam schenken wir keiner Autorität auf der Welt. (Läuse: Der Papst.) Ich habe noch niemals Anordnungen des Papstes mit meiner Überzeugung im Widerspruch gezeigt.

Der Minister fragt mich, ob er Personen, die treu und edlich die Geiste ausführen wollen, ansetzt und bestätigt, selbst wenn der deutsche Verein berichtet hat, daß sie römisch-katholisch sind und in die Kirche gehen. In Preußen sind wir seit, daß jemand, der sich oft zur römisch-katholischen Kirche bekennt und dies in seinem Leben bestätigt, zu Riedert mehr kommen kann. Ich kann nicht glauben, daß der Minister des Innern auf diesen Wege fortfahren wird, sondern bin überzeugt, daß er, soviel er kann, Härten mildert. Ich urtheile so nach dem ganzen Wege, den er genommen in Mecklenburg, Westfalen und Hannover. Die Geiste können mit Gesicht, Anstand und Rücksicht ausgeführt werden; wenn dies geschieht, werden wir dem Minister, selbst so lange der Kampf dauert, zu großem Dank verpflichtet sein. Ich zweifle auch nicht, daß er dazu beitragen wird, dem Kampf ein Ende zu machen. Sollte ich mich hierin täuschen, so würdet ihr bedauern, einen zweiten Grafen Cullenburg an den Rhein gebracht zu sehen. (Weißfall im Centrum.)

Abg. Bachem: Der Abg. v. Sybel hat mich vor die Alternative gestellt, entweder Beweise für die denunciatrice Thätigkeit des deutschen Vereins beizubringen, oder als ehrloser Verleumder zu gelten. An dem Urtheil des Herrn v. Sybel liegt mir persönlich nichts; aber er weiß es bei anderen Personen mehr gelten könnte, will ich die Beweise bei bringen. Redner verliest dann die bekannten Stellen, aus den Erörterungen des Erinnerungs des Bonner Buchpolizeigerichts gegen Konitz (r.). Infolge dieses Urtheils seien der Staatsprocurator, der Untersuchungsrichter und viele rheinische Beamten aus dem deutschen Verein ausgetreten. Lebhaftes seien viele Mitglieder des Vereins wegen Verleumdung und so licher Denunciation gegen ultramontane Personen bestraft worden.

zu Berlin, Adolf Huster, den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den Pfarrer Häufeld in Weinbach zum Dekan für das Dekanat Weilburg, den Pfarrer Ende in Gonzenheim zum Dekan für das Dekanat Homburg, den Pfarrer Ullrich in Freudentz zum Dekan für das Dekanat Diez, und den Pfarrer Balzar in Bredenheim zum Dekan für das Dekanat Wallau ernannt.

Der Kaiserliche Consul Bunge zu Rotterdam hat den Schiffsmäler P. Gallas junior in Hellevoetsluis zum Consularagenten bestellt.

Bei dem Gelehrten-Gymnasium zu Wiesbaden ist dem ordentlichen Lehrer Dr. Johann Friedrich Ludwig Adam der Oberlehrertitel beigelegt worden.

Berlin, 12. Dec. [Se. Majestät der Kaiser und König] hat gestern Nachmittag um 1 Uhr im Palais den seitherigen Kaiserlich und Königlich österreichisch-ungarischen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter am hiesigen Allerhöchsten Hofe, Grafen Karolyi, in feierlicher Audienz zu empfangen und aus dessen Händen ein Schreiben Sr. Majestät des Kaisers von Österreich, Königs von Ungarn, entgegenzunehmen geruht, wodurch derselbe von diesem Posten abberufen wird. Unmittelbar nach beendiger Audienz, bei welcher als Vertreter des Auswärtigen Amts der Staatssekretär, Staatsminister von Bülow zugegen war, wurde der Botschafter auch bei Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin eingeführt.

Se. Majestät der Kaiser und König nahm heute Vormittag in Gegenwart des Gouverneurs und des Commandanten von Berlin militärische Meldungen entgegen und hörten die Vorträge des Oberhofmarschalls, Grafen Pückler, des Kriegsministers, Generals der Infanterie von Kameke und des General-Adjutanten, General-Majors von Albedyll.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war heute in einer Vorstandssitzung des Frauen-Lazareth-Vereins anwesend. Bei den Kaiserlichen Majestäten findet ein Abschieds-Diner für den Kaiserlich-Königlich österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Karolyi statt.

(Reichsanzeiger)

Gewinn-Liste der 3. Klasse 159. Königl. Preuß. Klassen-Lotterie.

Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Kochstraße 20,

ohne Gewähr.

Nur die Gewinne über 135 Mark sind den betreffenden Nummern

in Parenthese beigefügt.)

Berlin, 12. Decbr. Bei der heute beendeten Beziehung sind folgende

Gewinne gezogen worden:

7 8 63 91 105 77 247 (180) 50 72 330 32 85 451 57 (150) 536
685 88 (180) 742 1008 36 53 80 216 69 81 357 487 96 509 92
617 22 (150) 55 83 723 41 58 (150) 70 829 (240) 37 55 907 44 2022
63 67 93 103 30 97 (150) 99 222 42 56 62 (150) 63 84 354 405 614
63 716 39 63 (150) 83 840 47 65 932 3009 41 83 110 46 80 208
(150) 26 82 (240) 305 84 445 540 729 811 54 98 978 4100 11
49 94 211 77 80 372 427 77 591 618 73 88 739 811 17 26 62
915 32 74 5048 127 83 253 (150) 87 314 22 81 400 20 46 87 592
708 57 73 960 6041 97 (300) 104 12 47 99 208 57 378 97 475
519 641 44 (150) 720 35 825 41 (150) 66 74 963 73 7013 26 89
123 71 350 445 65 75 95 577 658 59 77 732 33 88 830 54 964
75 8085 99 115 226 324 27 35 58 414 17 41 46 49 67 505 6 54
70 85 694 735 822 64 958 9004 28 299 350 420 24 502 30 71
87 621 25 35 819 55 971 83 87.

10,035 71 84 99 203 6 44 57 320 47 48 95 417 34 39 66 79 86

550 91 98 625 75 (300) 705 83 878 (150) 11,108 19 33 37 227 37 68 83 339

47 92 589 97 631 722 864 70 88 900 12,033 62 63 200 (150) 50

77 348 418 81 87 538 74 80 786 849 52 73 13,161 (180) 79 87

237 83 325 91 487 535 91 690 727 64 841 55 69 89 (180) 91 914

26 14,059 79 83 120 227 49 326 51 67 400 533 628 31 35 762

15,009 18 37 40 44 107 14 (180) 39 77 95 218 42 354 81 415 25

(150) 68 509 84 765 (900) 71 81 803 21 27 59 98 938 16,001

2 20 44 58 218 20 26 318 44 496 517 19 97 647 707 865 72

909 17,017 303 67 565 85 655 94 711 37 (150) 60 64 959 79

18,165 92 239 78 300 25 61 (150) 432 71 540 81 609 19 (150) 21

59 (150) 63 712 37 87 88 842 71 (180) 90 983 19,093 190 93 218

27 84 321 (180) 83 409 558 88 606 (180) 34 65 728 836 (150) 68.

20,055 98 103 9 90 236 49 82 95 341 60 436 552 64 705 16

85 832 61 942 84 21,076 (150) 151 78 209 (150) 82 83 (240) 93

419 (150) 51 58 513 62 (180) 85 672 87 791 858 63 920 63 22,007 167

80 257 68 430 48 68 97 (150) 502 34 94 641 87 733 974 93

23,018 38 84 302 (240) 4 26 (240) 38 439 54 518 64 607 45 763

75 812 62 24,110 356 91 534 86 619 707 16 49 80 921 86

25,034 (150) 59 147 95 230 344 424 54 71 503 60 711 43 909

26,137 210 50 82 309 15 53 78 407 57 596 647 701 82 91 834

997 27,078 (150) 142 (180) 237 45 87 340 541 693 712 49 862

73 (150) 82 986 99 28,229 85 326 70 74 476 547 643 93 787 89

807 85 947 67 70 29,061 119 38 75 205 349 59 69 413 32 79

506 18 32 33 34 54 681 714 26 855 943,

30,071 136 76 94 240 300 44 422 40 599 629 42 885 944

(150) 31,019 94 103 30 31 (150) 34 249 309 (150) 451 557 69 94

698 881 32,087 139 (150) 233 37 55 70 84 (150) 93 331 32 38 54

57 61 87 437 53 (300) 60 64 89 547 62 73 753 832 48 (150) 68 70

84 931 72 33,000 30 86 105 18 25 36 211 56 314 374 40 43 58

60 74 94 66 632 51 81 91 808 22 25 960 34,024 (180) 30 37 77 101

21 (150) 217 26 29 31 54 59 (150) 307 11 19 36 (150) 89 98 405 537

64 (180) 604 43 50 56 72 79 755 811 33 34 46 953 74 35,040 43

45 114 44 77 219 30 44 96 300 43 85 429 535 609 29 47 55 62

739 68 98 855 64 902 9 85 36,021 39 110 (150) 83 86 204 27 47

347 (150) 56 405 18 38 46 519 28 650 58 72 721 801 7 49 903 34

37,012 52 77 91 113 83 94 231 (150) 96 338 407 30 70 98 546

(180) 52 96 667 705 841 61 (150) 93 962 38,036 64 74 (150) 118

70 84 97 51 51 79 94 (150) 623 42 805 21 (240) 29 37 (240) 46 946

56 73 39,061 82 145 59 95 274 91 303 (240) 530 69 (150) 84 92

615 34 54 67 71 90 723 47 845 69 70 80 992 98.

40,015 19 52 (300) 60 61 131 226 35 90 99 305 6 23 48 80 406

85 88 501 40 83 613 89 831 73 928 36 (150) 54 41,055 77 201

55 391 431 503 24 62 954 60 88 42,015 66 97 131 89 248 315

16 46 71 97 418 46 50 (150) 75 675 82 739 95 818 53 953 43,003

6 (150) 35 57 67 97 145 46 251 97 300 76 407 (180) 30 57 83 94

93 536 68 626 53 704 14 34 79 830 44,007 38 118 23 49 74 77

84 216 302 20 83 520 (150) 42 64 84 631 71 (150) 73 95 96 705

75 803 20 89 938 45,032 127 56 206 64 69 96 310 479 85 541

76 79 622 24 794 (150) 809 22 92 951 73 46,019 123 (150) 367

410 50 58 503 21 (180) 47 64 84 630 34 43 (150) 75 (150) 756 59

843 904 52 61 47,012 61 97 182 96 (150) 224 311 431 35 38 55

92 544 99 615 18 42 97 740 97 99 844 912 49 65 85 88 48,136

50 322 24 53 (240) 81 495 553 644 708 (180) 73 809 22 88 908

18 42 49,072 102 57 79 96 309 (300) 575 640 95 721 28 54

88 827 994.

50,090 134 214 83 85 319 34 41 46 (180) 405 14 582 628 79

98 710 33 963 51,080 94 149 82 269 76 79 505 35 (180) 75 93

661 65 87 759 86 826 905 45 76 97 52,026 33 74 101 243 86

303 63 67 68 98 (150) 412 71 641 822 39 88 936 67 79 99 53,010

320 64 70 78 456 68 525 29 52 717 (180) 68 69 811 951 (150) 59

54,036 334 45 51 (150) 575 (150) 600 88 722 806 57 92 902 49

55,015 60 69 112 24 (150) 77 279 (150) 358 60 474 529 45 71 (150)

672 746 66 79 931 39 70 56,004 22 37 48 (150) 60 81 178 99 206

zahlreichen Recursern, welche in den letzten Jahren aus dem staatskirchlichen Gebiete vor sein Forum gelangten und welche eben die in den Eingaben der Cantonsregierungen jetzt im Allgemeinen als verfassungswidrig angefochtenen Gesetze und Maßnahmen betrafen, bei seinen dahierigen Entscheiden wiederholt dargelegt und das Fehlhalten an demselben ist ebenso sehr durch die Achtung vor der Bundesverfassung, als durch die Sorge für die Aufrechterhaltung des Friedens in der Eidgenossen, aufs Unzweckmässigste geboten. Was endlich die permanente diplomatische Vertretung des päpstlichen Stuhles betrifft, so sind wir zu bemerken veranlaßt, daß wir nicht gesonnen sind, in dieser ausschliesslich den eidgenössischen Behörden zustehenden Frage zu einer Änderung der bestehenden Verhältnisse Hand zu bieten, (also kein Nuntius!), daß es aber den Cantonen nichtsdestoweniger freisteht, im einzelnen Fälle für den Verkehr mit dem päpstlichen Stuhle unsere Vermittelung in Anspruch zu nehmen." — Die Beschwerde des Exfarrers Delétraz in Chêne-Bourg über Verlezung der Glaubens- und Cultusfreiheit durch die gerichtliche Haussuchung bei ihm und in seiner Kapelle nach Cultusgegenständen, welche vom Kirchenrat als Eigenthum der Gemeinde eingefordert waren, während doch in der Kapelle eine 40stündige Andacht stattgefunden (NB. Herr Delétraz und ein Hilfsgesell räuchten in der Kapelle ihre frommen Cigarren ohne jedes Sakrilegium) hat der Bundesrat abgewiesen. Die Frage, ob das Verfahren der Genfer Behörde geistlich statthaft gewesen, gehöre vor das Bundesgericht. Die Vorschriften der Bundesverfassung betreffend, „kann jedoch der Bundesrat in den Thaufen, wie sie durch die geführte Untersuchung erhoben sind, eine Verlezung der Glaubens- und Cultusfreiheit nicht erkennen. Zunächst stand der Eintritt der Beamten in die Kapelle lediglich zum Zwecke einer gerechtlichen Nachforschung nach als unterschlagen bezeichneten Gegenständen statt und nichts berechtigt zu der Annahme, daß dabei irgendwie die Absicht der Störung von Cultushandlungen bestanden habe. Grundsätzlich darf die Berechtigung der Staatsorgane nicht angeweitet werden, unter Umständen auch in Gebäudefällen und an Gegenständen, welche für die Feier eines Cultus bestimmt sind, gerichtliche und polizeiliche Handlungen vorzunehmen. Eine eigentliche Profanation von Gegenständen, welche der religiösen Verehrung geweiht sind, hat in der Kapelle zu Chêne-Bourg nicht stattgefunden, da dem Herrn Delétraz und dem ihm assistierenden Geistlichen Gelegenheit gegeben wurde, die geweihte Hostie aus der Monstranz herauszunehmen." Schliesslich meint der Bundesrat indeß, die Genfer Beamten hätten sich „mit Rücksicht auf die religiösen Empfindungen", statt die Monstranz sofort mitzunehmen, damit begnügen können, daß Herr Delétraz sich förmlich verpflichtet hatte, die Monstranz herauszugeben, sobald die 40 Stunden verflossen wären. Kommt wirklich auf eins heraus.

Provinzial - Zeitung.

A. F. Breslau, 13. Decbr. [Handwerker-Verein.] Am Rednerthe des Vereins erschien am jüngsten Vortragabend zum ersten Male Herr Generalschultheiß Stürbeant, welcher die „Entwidlung des Gewölbebaues“ als Vorwurf seines Vortrages angeläufigt hatte. Die gigantischen Gewölbegebäude der Griechen, Römer und Römer wurden in einer reichen Anzahl ausgezeichnete Kupferstiche dem Auge der Anwesenden vorgeführt, welche sowohl den interessanten Vortrag, als auch die bereitwillige Zusage des Herrn Stürbeant, seine Mitteilungen baldmöglichst fortzusetzen, mit lebhafter Freude begrüßten. — Dem wiederholt ausgesprochenen Wunsch um Wiederaufnahme der früher üblich gewesenen Debattenabende soll mit Beginn des neuen Jahres folge gegeben werden; als Stoff für die erste Discussion sind „die Innungen der Neuzeit“ in Aussicht genommen. Auch der Unterricht im Rechnen soll, nachdem nunmehr die erforderliche Anzahl von Theilnehmern zusammengetreten, im Januar 1879 seinen Anfang nehmen.

* [Das Breslauer Handlungsdienner-Institut] veranstaltete Dienstag, den 11. d. Ms., eine musikalisch-dramatische Abend-Unterhaltung, welche vor etwa 200 Zuhörern, Damen und Herren, besucht war. Den dramatischen Theil vertrat Herr Schauspieler Ledermann durch Recitationen aus Uhland, Heine und Lessing in glänzender Weise, während der musikalische Theil durch Vortrag von Gesangsspielen, dem Quartett Beethoven Es-dur Opus 16 und mehreren Clavierstücken von geschätzten Dilettanten aus der Reihe der Mitglieder trefflich ausgeführt wurde. Da der grosse Beifall, der den einzelnen Piccen folgte, die volle Befriedigung der zahlreichen Anwesenden erkennen ließ, beabsichtigt die Vergnügungs-Commission im Laufe der Wintermonate noch einige ähnliche Unterhaltungen folgen zu lassen.

X. Neumarkt, 12. Decbr. [Tageschronik.] Hiesiger Felschuhverein hat jetzt ein Statut von 12 Paragraphen erhalten, welches dem Verein einen festen Anhalt gibt. Dieser Felschuh-Verein ist zugleich als Verein gegen die Bettelreihe in jüngerer Jahreszeit sehr thätig und arbeitet energisch dem Bettler- und Bagabundenzum entgegen, macht es sich aber zur besonderen Aufgabe, Arme und Notleidende zu beschaffen, theils durch Geld, theils durch Lebensmittel, theils durch Bekleidungsgegenstände. Eine Vertheilung von Felsfrüchten u. s. w. hat bereits stattgefunden und wird am 22. d. Ms. eine Weihnachtsfeier für die Armen durch den qu. Verein bevorstehen.

Gabelschwert, 11. Decbr. [Aus der Stadtverordnetenversammlung. — Lehrerwahl.] In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten war u. A. der Bau der Seminarstraße Gegenstand der Beratung. Es wurde beschlossen, den zwischen der Gläser- und der Gartenstraße am Krankenhausgarten bereits vorhandenen Weg zur Seminarstraße herzustellen und bis zum Seminar weiterzuführen. Zum Zweck des letzteren wird ein Theil des dem Haus- und Aderbäcker G. Belz gehörigen Gartens von der Stadtkomune künftig erworben werden. Die Kosten für die Herstellung dieser Straße sind auf ca. 5000 Mark veranschlagt worden. Ferner wurde dem Bau-Rathmann Rumsche eine Remuneration von 300 M. und dem Kämmerer Hentschel eine solche von 150 M. bemüht. — Um die in Folge Abgangs des Lehrer Schubert hierherfür vacante gewordene Lehrerstelle hatten sich 9 Lehrer beworben. Von den zur Abhaltung einer Probeklection eingeladenen vier Lehrern waren zwei erschienen, und von diesen wurde der Lehrer Franz Göbel aus Reichthal von Seiten des Magistrats gewählt. Derjenige hat sich jedoch zu verpflichten, fünf Jahre an der hiesigen Schule zu verbleiben, anderenfalls aber 150 Mark an die hiesigen Kämmerei-Kasse zu zahlen.

Gubrau, 11. Decbr. [Aus dem Handwerker-Verein. — Weihnachtsfeier.] In der letzten Sitzung des hiesigen Handwerker-Vereins wurde die Versammlung durch den Besuch unseres Reichstags-Abgeordneten Herrn von Ravenstein-Gurkau erfreut. Der Hauptzweck seines Erscheinens war, sich mit den hiesigen Handwerkern in Fühlung zu bringen, um deren Bedürfnisse und Wünsche hinsichtlich des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung und die mit dem 1. Januar 1879 zur Einführung gelangenden Arbeitsbücher, kennen zu lernen. Mit voller Einstimmigkeit trat betreffs der letzteren der Wunsch zu Tage, daß die Befriedigung der Führung von Arbeitsbüchern sich auf alle gewerblichen Arbeiter resp. Gesellen ohne irgend eine Altersbeschränkung erstrecke und daß diese Arbeitsbücher zugleich auch Raum böten für wahrheitsgetreue Zeugnisse über Führung und gewerbliche Tüchtigkeit der Arbeiter. Gegenüber einigen anderen geäußerten Wünschen machte der Herr Abgeordnete darauf aufmerksam, daß deren Befriedigung als zu speziell sich schwer in den Rahmen eines Gesetzes fügen lassen und deren Befriedigung daher der Selbsthilfe der gewerblichen Körperschaften zuzuweisen sei. — In Folge der Bemühungen des Magistrates und des Vorstandes des Privat-Armen-Vereins hat sich der Wohlthätigkeitsfond der städtischen Bevölkerung durch 138 Geschenke behutsam veranstaltung einer Weihnachtsslotterie gekennzeichnet. Aus den Erträgen der Verloofung dieser Geschenke sollen am 23. December c. 69 Kinder mit Schuhen und Kleidungsstücken und 31 Erwachsene mit Hemden und Strümpfen beschafft werden.

D.-L. Brieg, 12. Decbr. [Kein Landgerichtsbau.] Mit dem Eintritt der strengeren Jahreszeit mehren sich die Verhaftungen von Landstreitern und Bettlern wie anderwärts, so auch hier in erschreckender Weise. Gestern wurde eine ganze aus 13 Personen (5 Männern, 5 Frauen und

3 Kindern) bestehende Bagabonden-Familie, welche die Stadt beitelnd durchstreift, hier festgenommen. Die Verhafteten wollen Comödianten sein und geben an, daß sie auf eine andere Gesellschaft warten, welche von Böhmen über Waldenburg hierher reise. Es ist die natürliche Folge, daß bei so zahlreichen Inhaftirungen die Vacante des hiesigen Gerichtsgefängnisses nicht ausreichen, bez. daß die Anzahl von etwa 110 Gefangenen, für welche das Gefängniß eingerichtet ist, öfter überschritten wird. Aber trotzdem dieser Mangel schon längere Zeit gefühlt wird und trotzdem im vorigen Jahr infolge Überfüllung der Typhus im Gefängniß ausbrach, ist bis jetzt nichts gethan worden für eine Erweiterung der Anstalt. Von der zu Zeit der Typhusnot beabsichtigten Errichtung einer Baracke, welche wenigstens mit denjenigen Gefangenen belegt werden könnte, die nur ganz kurze Freiheitsstrafen zu verbüßen haben, scheint man ganz Abstand genommen zu haben. Eben so wenig hört man etwas von einem Baste für das Landgericht und die 4 bis 5 hier zu etablierenden Amtsgerichte. Es soll, wie man hört, Alles in dem jetzigen Kreisgerichtsgebäude untergebracht werden, dessen Räumlichkeiten doch schon — für die Parteien und Zeugen — giebt es z. B. fast gar kein Wartezimmer; dieselben müssen größtentheils auf ungeheizten Corridoren den Aufzug ihrer Sachen abwarten — jetzt nicht vollständig genügen. U. a. ist auch der Sitzungssaal der Criminal-Deputation von einer primitiven Einrichtung, die allgemein übel empfunden wird. Weil kein anderer Raum zur Verfügung steht, wird schon seit Jahren als Sitzungszimmer eine Räumlichkeit benutzt, die in Beziehung auf Ausstattung und Ausdehnung kaum den mächtigsten Ansprüchen genügt. Es ist nicht einmal so disponibles Zimmer vorhanden, in welches sich der Gerichtshof ur Berathung zurückziehen kann. — Es können nur zwei Gründe gedacht werden, weshalb Änderungen an den Gerichtslocalen zur Zeit nicht vorgenommen werden. Entweder man will erst Erfahrungen sammeln, um die Localitäten später möglichst zweckmäßig herstellen zu können, oder man will an der Hand der Erfahrung erst prüfen, ob nicht das hiesige, nach langen Kämpfen gewonnenen Erst eroberete Landgericht nach wenigen Jahren wieder aufzuheben ist. Daß ein solcher Verlust für unsere Stadt viel schlimmer wäre, als wenn die Hoffnung auf Etablierung eines Landgerichts am biegsamen Orte von vornherein abgeschnitten geblieben wäre, bedarf keines Nachweises.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Breslau, 12. Decbr. [Schwurgericht.] — Vergehen gegen die Concurs-Ordnung, einfacher und betrüglich Bankerutt. Nach zweitägiger Verhandlung wurde heut Nachmittag 2½ Uhr der wegen vorwähnter Vergehen unter Anklage gestellte Kaufmann H. von hier durch den Spruch der Geschworenen in allen Fragen für schuldig erklärt und unter Annahme mildernder Umstände bezüglich des betrüglichen Bankerutts zu 1 Jahr 6 Monate Gefängniß nebst 2jährigem Chorverlust verurtheilt. Wir geben nachstehend die wichtigsten Punkte der sehr umfangreichen Anklage, sowie einen kurzen Abriss der Hauptverhandlung wieder. — H. ist 33 Jahre alt. Er hatte sich der Verantwortung vor etwa zwei Monaten durch die Flucht zu entziehen gesucht, wurde aber in Hamburg ergriffen und nach den hiesigen Untersuchungsräumen übergeführt. H. steht in eleganter, augenscheinlich neuer Kleidung auf der Anklagebank. Sein Benehmen zeigt den geschäftsgewandten Kaufmann; in bescheidener, gewählter Ausdrucksweise sucht er die Anklagemomente zu entkräften.

Im Januar 1872 eröffnete Angeklagter zu Breslau als Procurist der Firma Gierth und Erzmann zu Potsdam eine Verkaufsstelle für Bündwaren. Im Juli desselben Jahres wurde er Theilhaber genannter Firma; im December 1872 übernahm er die Breslauer Filiale für eigene Rechnung. Es wurde ihm Seitens der Potsdamer Firma ein Guthaben von 29,502 Mark berechnet. Diesen Betrag ließ H. im Geschäft, er erhielt dafür eine Verzinsung von 20 p.C. — Beim Beginn des Breslauer Geschäfts hatte H. nach Abzug älterer Schulden etwa 3900 M. an Kassenbestand. Durch

fernerne Einlagen, sowie den Geschäftsgewinn stieg sein Guthaben bis zum 1. Juli 1876 auf 9666 Mark. In dieser Rechnung muß indeß ein Fehler enthalten sein, der gerichtliche Sachverständige, Herr Kaufmann Sachs, berechnet jenen Betrag nur auf 2759 Mark. H. zahlt am 30. Juni 1876 ein Darlehn von 2100 Mark zurück, außerdem gingen ihm von vorwähnlichen Beträgen im Concourse der Firma Gierth und Erzmann 3771 Mark verloren. Da hierbei auch das in dem Potsdamer Geschäft stehende Vermögen des H. verloren wurde, so ist am 31. Juli 1876 nur noch ein Überschuss der Activa über die Passiva in Höhe von 2403 Mark vorhanden. Trotz dieser nicht glänzenden Vermögenslage lebte H. weiter aus grossem Fuße. Seine Wohnungsmiete betrug 1350 M. p. a., drei Dienstboten wurden gehalten etc., H. verbrauchte somit in den folgenden 14 Monaten für sich, seine Frau und drei Kinder circa 9000 Mark. — Angeklagter stand mit vielen auswärtigen Firmen in Geschäftsbinding; er kaufte Bündwaren, Cigarren ic. in großen Posten und benutzte hierzu seinen umfassenden Wechsel-Credit. — Bereits im Mai 1877 wurde H. seinen Gläubigern nicht mehr gerecht. Es wurden Bagatell-Klagen gegen ihn angestrengt. Ganz nach Art böswilliger oder zahlungsunfähiger Schulnner erhob H. Widersprüche, erschien jedoch in den betreffenden Terminten nicht, so daß Contumacial-Erlentnisse ergingen. Das erste derartige Erkenntnis datirt vom 11. Juni 1877, es betraf ein Accept des H. in Höhe von 628 Mark. Ihm folgten in kurzen Fristen 600 Mark, 2 Mal 1000 Mark, 400 und 600 Mark. Die Behauptung des H., daß ihm einzelne Gläubiger Stundung gewährt hätten, wird von diesen eidiich widerlegt. Es steht somit außer Zweifel, daß Angeklagter im Juni 1877 seine Zahlungen eingestellt hat. Obgleich er dies mußte, hat er Schrifte gethan, welche gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstossen. — Eine Tante seiner Chefrau hatte dem H. zu verschiedenen Zeiten Geld geliehen. Erst im Jahre 1876 erhielt die Tante als Gläubigerin in den Geschäftsbildern, obgleich jene Schulden aus früherer Zeit datiren. Unterm 21. Juli 1877 stellte Angeklagter der Tante einen Schuldchein über 5220 M. aus. Auf diese Schuldsumme zahlte H. zum Nachtheile seiner übrigen Gläubiger in den Monaten Juli und August 1877 über 4000 M. bar und erledigte der Tante auch gute Forderungen im Betrage von 818 M. Von den übrigen Gläubigern hat nur noch Arno Fleck unterm 18. August 1877 eine Zahlung von 170 M. bekommen, alle Anderen sind vollständig leer ausgegangen. Nach Zusammenbruch seines Geschäfts brachte H. seine Familie bei der Tante unter. Die Anklage zieht hieraus den Schluss, daß der vorzugsweise Befriedigung der Tante eigenmässige Motive zu Grunde lagen. Ferner hat H. — nach eigenem Geständnis — die Bilanzen am 31. December 1875 und 30. Juni 1877 nicht gezogen. Letztere Bilanzierung hätte den faulen Stand seines Geschäfts unzweifelhaft darthun müssen. — Nach dem Gutachten des Sachverständigen sind die Bücher bis zum 1. Juli 1876 ordnungsmässig geführt. Von da ab ist ihre Führung eine so mangelhafte, daß dieselben keine Übersicht des Vermögensstandes mehr gewähren. Die nachträgliche — von H. in Allgemeinen als richtig anerkannte — Zusammenstellung weist am 30. September 1877 eine Unterbilanz von 33,676 M. naq. Es sind also innerhalb 14 Monaten 36,079 M. verloren gegangen. Dieser Verlust konnte nur zum Theil ermittelt werden. Die Inventur vom 30. Juni 1876 ergab nämlich als vorhandene Waarenbestände 22,820 M. Es treten hingegen an Eingängen für 72,055 M. Der Waarenausgang beträgt nur 80,861 M., es fehlen also für 14,014 M. Waaren. Bei dieser Berechnung ist kein Geschäftsgewinn in Betracht gezogen, derselbe betrug früher circa 12 Prozent des Verkaufserlöses. Das Mano hat auch unter Zuziehung des Angeklagten nicht aufgelöst werden können. Nachweislich machte der selbe im Jahre 1877 Geschäfte mit Hugo Grohmann und Oscar Lindner. Die Bücher enthalten über diesen Geschäftsbetrieb nichts. Es liegt demnach der dringende Verdacht vor, daß Waaren in Höhe des fehlenden Betrages, also für über 20,000 M., bei Seite geschafft worden sind. Wenn Angeklagter behauptet, die an G. und L. erfolgten Verkäufe seien als „per comp. tant“ Geschäfte ohne Namensnennung gebucht, so ist dieser Angabe nach Ansicht des Sachverständigen kein Glauben beizumessen, weil kein ordentlicher Kaufmann derartig buchen würde. — H. der nach den bisherigen Anführungen spätestens im Juni 1877 den Concurs anmelden mußte, that dies nicht, sondern führte sein Geschäft in altem Maahstabe fort. Noch am 2. August — als also die Zahlungseinstellung längst erfolgt war — schrieb H. an den Agenten zweier auswärtiger Firmen eine Postkarte, worin er dringend die Effectuierung einer früheren Bestellung von 25 Mill. Cigarren verlangte. Am 11. August bestellte er bei einer Firma in Deynhausen noch 15 Mill. Cigarren. Diese Bestellungen können nur zu dem Zweck gemacht worden sein, leicht verläufiger Artikel auf Credit zu entnehmen und sich dadurch auf Kosten der Gläubiger Geld zu verschaffen. — Der Verlehr mit Lindner und Grohmann scheint bedeutenden Umfang gehabt zu haben. Nicht allein, daß beide Cigarren und Bündreiquisten in großen Posten von H. kauften, vermittelte Grohmann auch den Verkauf des H. seinen Geschäftes an einen Kaufmann Sänger. Letzterer erwähnt das ganze Geschäft mit Waarenlager und Utensilien für — 600 M. Dadurch war den Gläubigern das leiste Mittel zu ihrer Befriedigung entzogen, sämtliche folgende Executionen fielen fruchtlos aus. Im November 1877 eröffnete Frau H. hier selbst ein neues Geschäft mit Bündwaren. Sie wurde mit Genehmigung ihres Mannes als Inhaberin der Firma A. H. ins Firmen-

Register eingetragen. Dies Factum steht unzweifelhaft mit dem Bankeruff des Angells in unzähliger Zusammenhang. Betreffs der Gründe, welche H. zu seiner Vertheidigung anführt, ist zu erwähnen, daß H. in Dresden einen Bruder hat, welcher dort ein Banquiergeschäft betreibt. Der Bruder soll die Absicht gehabt haben, die Potsdamer Firma gemeinsam mit ihm (dem Angeklagten) zu kaufen. Eduard H. — als Zeuge vernommen — stellte dies Vorhaben in Abrede. Den Verkauf an Sänger will H. nur um deshalb bewirkt haben, um sich allein dem Engrosgeschäft widmen zu können. H. war jedoch zu jener Zeit schon mittellos. Die Aufnahme eines Darlehns bei seinem Schwager wurde von diesem verneigt. H. behauptet ferner, er habe durch den Zusammenbruch der Potsdamer Firma eine billige Bezugsquelle verloren, sein Credit sei erschüttert worden, und habe er Geld ferner nur zu hohen Zinsen erhalten können. Demgegenüber macht der Sachverständige geltend, daß Ausfälle und Zahlung von Discout aus den Büchern zu erleben sein müssen. In der That sind auch ziemlich hohe Discoutbeträge eingetragen. Trotzdem steht der Nachweis über ca. 15,000 Mark Waaren. Wenn ferner zugegeben werden muss, daß Persönlichkeiten, wie Dr. Baaren und Großmann, die Waaren möglichst gering bezahlen, so liegt gerade in jenen zu Schleuderpreisen erfolgten Veräußerungen der auf Credit entnommenen Waaren seitens eines insolventen Kaufmanns das Moment des betrüglichen Bankeruffs. Die Gläubiger werden dadurch geschädigt, daß der insolvente Kaufmann die unbezahlte Ware um jeden Preis bei Seite läßt, anstatt durch Concurseröffnung seinen kaufmännischen Pflichten zu genügen. Im vorliegenden Falle unterliege — so führt die Anklage aus — diese Absicht keinem Zweifel, denn H. bestellte nach der Zahlungs-Einstellung noch grössere Waaren-Posten ohne Ausicht auf Möglichkeit der Bezahlung. Der Einwand des Angeklagten, er habe durch seinen Lehrling und Haushälter widerlegt. Dennach fehlt nur einmal eine Liste mit Salontreibholzern. Belegt wird dagegen, daß die Waaren durch Feuchtigkeit in den Remisen gelitten haben; nach eigener Angabe des H. in dadurch eine Entwertung von 1500 Mark eingetreten. Im Wege der Execution sollen dem H. für 3000 Mark Waaren abgefändet vor ein sei, einen Beweis hierfür hat Angeklagter nicht erbracht. Die Executionen ca. H. weisen nur nach, daß Waaren im Werthe von kaum 200 Mark abgefändet worden sind; dann hat H. den Manifestationszeit geleistet — alle übrigen Executionen sind fruchtlos geblieben.

Der Herr Staatsanwalt Lindenbergs plädiert auf Schuldig im ganzen Umfang der Anklage, wendet sich auch gegen die vom Vertheidiger Herrn Rechtsanwalt Zentler event. beantragte Annahme mildernder Umstände bezüglich des betrüglichen Bankeruffs. Prinzipiell hatte der Herr Vertheidiger das Nichtschuldig für seinen Clienten in Antrag gebracht. Wir erwähnen schon eingangs, daß H. für Schuldig befunden wurde. Der Herr Staatsanwalt hält eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren Gefängniß für angemessen. Der Angeklagte bat um Milderung des Urteils und nahm das auf 1½ Jahr Gefängniß lautende Erkenntnis ohne Erregung entgegen.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 12. Decr. [Wörfe.] Die heutige Börse schlägt sich in Niedersicht auf Stimmung und Umfang des Verkehrs eng der gestrigen an. Die Tendenz war durchweg fest, aber die Umsätze blieben ungemein klein. Die Spekulation hat eine durchweg abwartende Haltung angenommen und tritt aus eigener Initiative nicht aus ihrer Reserve. Anregung war ihr aber weder durch die von den auswärtigen Börsenplätzen gemeldeten Coursnotierungen gegeben, noch vermochte sie eine solche den vorliegenden politischen Nachrichten zu entnehmen. Demgemäß zeigen auch die heutigen Course fast gar keine, wenigstens doch aber nur ganz belanglose Aenderungen. Im Allgemeinen verfolgte das Coursonneau steigende Richtung. Geld ist reichlich angeboten und zeigte sich sogar Mangel an Discouts. Für feinsten Briefe wurden 3½—3¾% gezahlt. Die internationalen Speculationspapiere gingen nur sehr träge um. Oesterl. Creditactien und Franzosen festen mit einer sehr unbedeutenden Courserhöhung ein und blieben dann fast ganz stabil. Lombarden waren vollständig vernachlässigt. Gegen Schluss trat auf diesem Gebiete eine merkliche Abschwächung ein. Von den österl. Nebenbahnen zeigten sich Rudolfsbahn und Kaschau-Oderberger durch regeres Geschäft aus. Die Stimmung für diese Kategorie von Börseneffekten war sehr günstig. Die localen Speculationspapiere waren dagegen sehr vernachlässigt. Es notierten Disc.-Comm. ult. 133⅓, Laurah. ult. 69⅓. Eine langsam steigende Bewegung vollzogen die auswärtigen Staatsanleihen, obwohl der Verkehr auf diesem Gebiete sehr gering war. Nur Oesterl. und Ungarische Goldrente wurde etwas lebhafter umgesetzt. Russische Wertpapiere waren zwar auch in fester Haltung erlitten aber gegen Schluss der Börse eine kleine Abschwächung. 5%ige Anlohe per ultimo 82⅔—82%, Russische Noten wurden auf Vorprämie viel gehandelt und waren dabei später Terme besonders bevorzugt. Russische Noten notierten per ultimo 198⅓ bis 198⅔—198 (Vorprämie 199⅓/2), per Januar 199—199⅓—199 (Vorprämie per Januar 201½/2), per Februar 203, per März 203⅓/2. Preußische und andere deutsche Staatspapiere unverändert still. Für einheimische Eisenbahnprioritäten war die Stimmung recht fest. Augenscheinlich benutzt man die gegenwärtig niedrig zu nennenden Course zu Capitalanlagen. Von den einheimischen Prioritäten waren besonders 4½% bevorzugt. Auf dem Eisenbahn-Aktienmarkt stagnierte das Geschäft fast vollständig. Perult. notierten: Bergisch-Märkische 107,75—106,75, Köln-Mindener 103,50 und Rheinische 76,90—75. Von anderen schweren Bahnen zogen Halberstädter im Course an. Stettiner konnte sich nicht beaupten

